

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden vom Privatisten 40 Pfg. für die einseitige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 16. September 1916.

20. Jahrgang.

Die Entwertung des Arbeitslohnes.

Mit der längeren Dauer des Krieges steigt immer mehr die Verteuerung der Lebensmittel. Nirgends macht sich ein Stillstand der Preise bemerkbar. Dagegen ändert sich die bessere Ernte dieses Jahres. Es geht anscheinend mit den Preisen immer weiter aufwärts. Gatten wir noch im vorigen Jahre einzelne Nahrungsmittel, wie Obst, das anfänglich von dem Preis-Steigerungsdruck noch nicht ergriffen war, so ist in diesem Jahre die Tatsache zu verzeichnen, daß alle Preise für Nahrungs- und Genussmittel in ganz erheblicher Weise in die Höhe getrieben sind.

Die verschiedenartigen Schätzungen der dadurch verteuerten Lebenslage im Familienhaushalt sind schwankend. Wir wissen aber aus eigener Anschauung, daß während der Kriegszeit der Preis für Fleisch, Obst, Pilze, Butter, Fett, Marmelade, Speck, Eier, Hülsenfrüchte, Kaffee um 100 bis 200 Prozent und noch höher gestiegen ist; bei Brot und Kartoffeln ist die eingetretene Verteuerung weniger stark. Wenn wir also beobachten, daß Agrarprodukte nachstehende Körperkassen die allgemeine Verteuerung auf 50 bis 60 Prozent einschätzen, und dann wieder sehen, daß von anderer Seite die allgemeinen Preissteigerungen auf 150 Prozent, also über das Doppelte veranschlagt werden, so dürfte uns schon unsere tägliche Erfahrung im Haushalt lehren, daß die allgemeine Durchschnittsverteuerung aller Nahrungsmittel mindestens 100 Prozent ausmacht. Eine im Jahre 1912 durch Gustav Brucher vom Verein für Sozialpolitik herausgegebene Statistik, die sich auf Haushaltsrechnungen stützt, die feinerzeit im Deutschen Reichsarbeitsblatt veröffentlicht waren, bringt heute den unüberleglichen Beweis, daß der Preis für eine bestimmte Menge Lebensmittel, die im Jahre 1910 für einen Berliner Haushalt 635 Mk. kosteten, heute 1320 Mk. kosten würden. Das wäre eine Verteuerung um 93 Prozent. Da aber in jener Berechnung nur Fleisch, Speck, Butter, Schmalz, Milch, Eier, Kartoffeln, Brot, Mehl, Kaffee, Zucker und Reis enthalten sind, die heute nur in bestimmten Nationen zugeteilt werden, und für den entstandenen Ausfall an wirklich kräftigen Nahrungsmitteln ein „Ergänzung“ aufgetaucht ist, der minderwertig aber sehr teuer, so daß eine ausreichende Ernährung nicht vorhanden ist, kommen wir zu dem Ergebnis, daß eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung trotz eingetretener Minderwertigkeit des Bedienten um durchschnittlich 100 Prozent sehr vorwiegend tagiert erscheint.

Es wäre heute möglich, sich nochmals darüber zu unterhalten, was diese große Verteuerung herbeigeführt hat. Gewiß, eine knappe Zufuhr und die durch den Kriegszustand erzeugte Produktionsverteuerung haben selbstverständlich ein Steigen der Preise im Gefolge, und wohl jeder Arbeiter hätte sich damit abzufinden gewußt, wenn eine allgemeine Durchschnittssteigerung der Warenpreise um vielleicht 20 Prozent stattgefunden hätte. Jedenfalls wäre es dann möglich gewesen, in vielen Fällen auch die Arbeitslöhne um das Gleiche zu steigern und der Ausgleich wäre dagewesen. Nun aber stellt uns die Verteuerung vor eine harte Tatsache: Daß durch sie die Löhne der Arbeiter in ganz ungeheurer Weise entwertet worden sind! Die gewerkschaftliche Fixierung des Mindestlohnes vor dem Krieg, wie sie in den meisten Tarifverträgen heute noch schwarz auf weiß vorhanden ist, ist durch die eingetretene Verteuerung weit überholt und dadurch im Werte außerordentlich stark herabgedrückt worden. Wohl gibt es eine Anzahl Arbeiter, vornehmlich (aber wohl auch fast einzig und allein) in der Kriegsindustrie, deren Löhne mit der eingetretenen Lebensmittelverteuerung wenigstens annähernd gleichen Schritt gehalten haben, aber das ist eine große Minorität des Proletariats. Andererseits sehen wir, daß in einer großen Anzahl Betriebe „Kriegs-“ oder „Teuerungszulagen“ gewährt werden, nirgends aber in der Höhe von 100 oder auch nur 50 Prozent. Die Teuerungszulagen, die da gezahlt werden, zeigen ja mehr oder weniger den guten Willen der Unternehmer oder deren noch vorhandener Respekt vor der großen Öffentlichkeit, sie sind aber keineswegs in der Lage, die große Differenz auch nur annähernd auszugleichen, die heute zwischen Lebenshaltung und Arbeitslohn sich in Massenarbeit Weise aufstaut.

Dieser Zustand, der zu einer wahren Katastrophe des Arbeitslohnes geführt hat, wird sich auch in dem dem Krieg nicht sofort angeschlossen. Auch nach dem Friedensschluss werden sich die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt nur ganz allmählich ändern, niemals aber wohl zum Stand vor dem Krieg zurückkehren. Die ansteigende Zufuhr von Lebensmitteln kann unmöglich sofort in gleicher Stärke einsetzen, daran hindert schon die stark verminderte Schiffsmannschaft, das Fehlen kriegsloser internationaler Geschäftsverbindungen und nicht zuletzt das Geschrei mancher Agrarier, die durch die hohen Kriegspreise vernichtet worden sind und im Geschrei nach Sperrung unserer Grenzen dem die Engländer abblöhen düchten. Es fragt sich allerdings, wie weit dann die Regierung den letztgenannten Forderungen Verständnis entgegenbringen wird. Fest steht schon heute, daß alle Berechnungen darauf hindeuten, daß die Verteuerung nur sehr langsam weichen und wohl nie den Stand vor dem Krieg erreichen wird.

Damit aber wäre dann die große Differenz zwischen Arbeitslohn und Lebenshaltung eine permanente geworden. Ein profites Stück Gewerkschaftsarbeit aus der Zeit vor dem Krieg hätte sich für die Zukunft als ergebnislos erweisen. Das aber darf uns keineswegs entmutigen. Vielmehr heißt es für die Gewerkschaften, nach dem Krieg mit verdoppelter Stärke danach zu streben, in der vorhandenen Differenz den notwendigen Ausgleich herbeizuführen. Es darf nicht sein, daß durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse jahrzehntelanges gewerkschaftliches Mühen für niemanden fast zur Null entwertet wird! Hier heißt es dann für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, durch festen Zusammenhalt in der Gewerkschaft das zurückgewonnene, was durch die Verteuerung in die Zukunft der Lebenshaltung eine große Hilfe gebracht hat! Es heißt dann dem Ausgleich der Differenz zwischen Arbeitslohn und Verteuerung, die durch letztere erzeugte Entwertung des Arbeitslohnes zu leisten.

Das dieses gewerkschaftliche Streben der Arbeiterschaft — obwohl vollkommen berechtigt — nicht auf großen Widerstand stoßen wird, erscheint vollkommen ausgeschlossen. In den meisten Fällen wird sich das Unternehmertum, dessen Interessen auf der entgegengelegten Seite liegen, diesen Bestrebungen mit aller Kraft und Schärfe entgegenstellen. Es dürfte also dem zu helfen, was in den Verhandlungen zwischen Kapital und Arbeit kommen, bei denen

vor allem die Schlagfertigkeit jeder Organisation eine entscheidende Rolle spielen wird.

Darauf hinzuwirken, ist schon jetzt unsere Pflicht. Sie klingt in die Mahnung aus: **Stärkt eure gewerkschaftlichen Organisationen, haltet sie kampfbereit!** Großes und Schwieriges, aber auch außerordentlich Notwendiges haben die Gewerkschaften nach dem Krieg zu vollbringen. Vor allem sollen sie die durch den Krieg erzeugte Entwertung des Arbeitslohnes beseitigen. Darin liegt schon allein ein ganzes Programm; dessen glatte Durchführung aber hängt von unserer Stärke und Geschlossenheit ab. Deshalb auf zur Propaganda für die Gewerkschaft, zur eifrigen Vorbereitung notwendiger Zukunftsarbeiten! Es ist ja nur ein Teil der großen Zukunftsarbeiten unserer Gewerkschaften, der hier in diesem Artikel gezeigt wird. Hier schon er allein ist so wesentlich, daß er alle Arbeiter ermuntern sollte, sich einig in alter Treue um das Gewerkschaftsbanner zu heften und ihren Verband pflichteifrig voranzuführen zum guten Erlolge notwendiger Taten! Das beherzigt und handelt danach! Hinweg mit aller Gleichgültigkeit und lethargie! Auch die Zukunft bedarf ganzer, überzeugter Kämpfer für unsere wirtschaftlichen Interessen!

Zur Einwandererfrage.

Die gegenwärtige und noch immer nicht beendete Erörterung unseres Verhaltens zu den einwandernden fremden Arbeitern ist, wie so manche andre Diskussion, durch den Krieg hervorgerufen. Sie leidet darum auch an den Nebeln, die den meisten der heutigen Auseinandersetzungen anhaften: unser Urteil über die Zukunft ist durch das, was uns heute bewegt, in eine Richtung geleitet, die durch die Tatsachen und unsere Arbeiterinteressen allein nicht bedingt ist. Stimmungen und Vermutungen beeinflussen uns und drängen sich in unser Denken und Urteilen hinein, und nicht selten erlangen sie dabei eine Macht, die ihnen durchaus nicht zukommt. Das ist indessen ein Tribut, den jeder Mensch der Zeit zu zahlen hat; auch der, der darüber spottet oder davor warnt, ist nicht immer frei davon, und zumeist sind es nur entgegengelebte Gefühle und Stimmungen, die in seinen Urteilen zum Ausdruck kommen. Es ist nun einmal schwer, starke Gefühlsmomente dauernd zu unterdrücken, und man genügt seiner Pflicht, wenn man sich vornimmt, trotz aller Sympathien und Antipathien das Tatsächliche allein anschaugabenden sein zu lassen.

Es ist nun schon richtig, daß diese Diskussion ein edles Kind der Kriegszeit ist, indem darin die Abkühlung unserer Gemüter für die Arbeiter mancher Länder deutlich zum Ausdruck kommt, so wäre es aber doch wiederum falsch, für die heutige kritische Stimmung gegenüber den Ausländern nur den Krieg verantwortlich zu machen. Das mag manchem so scheinen, in Wirklichkeit steht es damit aber doch anders. Von Haus aus hat jeder Arbeiter gegen den einwandernden ausländischen Arbeiter, der sich mit ihm um den Arbeitsplatz oder um den besseren Arbeitsplatz bewirbt, ein unfreudliches Gefühl. Erst die Gewerkschaftsbewegung konnte daran etwas ändern. Sie lehrte ihre Mitglieder, in dem ausländischen Arbeiter nicht in erster Linie den Konkurrenten, sondern den Mitkämpfer zu sehen. Auch dort, wo sich der ausländische Arbeiter als das Gegenteil eines Mitkämpfers auführte, predigte sie ihm gegenüber Duldsamkeit und brüderliche Zuneigung, um ihn so zu gewinnen. Es war keineswegs leicht, die Arbeiter von der Nichtigkeit dieser Auffassung zu überzeugen. Die Pioniere unserer Organisation haben erst viel Mühe daran wenden müssen, ehe die Mitglieder ein solches Verhalten verstanden und billigten. Aber schließlich drangen wir doch auf der ganzen Linie damit durch.

Nun trägt aber doch jede Auffassung ihr schließliches Recht nur in ihrem Erfolge. Wie waren nun die Erfolge der Taktik, die die deutschen Gewerkschaften gegen die ausländischen Arbeiter beobachteten?

Sie waren nicht bei allen ausländischen Arbeitern gleich. Bis zur ersten Hälfte der neunziger Jahre hatten wir im Baugewerbe vornehmlich mit polnischer Einwanderung zu rechnen. Dann, als im Gefolge des gewerblichen Aufschwungs ein stärkeres Bedürfnis nach Arbeitskräften eintrat, kamen böhmische, ungarische und schließlich auch italienische Arbeiter zu uns. Zuerst erwiesen sie sich alle als rückständig und nur vom rücksichtslosesten Erwerbstrieb erfüllt. Aber sowohl bei den polnischen wie bei den böhmischen und ungarischen Bauarbeitern zeigten sich nach einigen Jahren die Früchte unserer Taktik. Bei den italienischen Arbeitern blieben sie länger aus und traten überhaupt nicht in dem gleichen Maße wie bei den andern ausländischen Arbeitern ein. Die Italiener in Deutschland lebten hier viel abgeklärter als etwa die Böhmen oder Ungarn. Während diese fast alle schnell die deutsche Sprache lernten, das abgeforderte Baugewerbe angaben und zu den Organisationsveranstaltungen kamen, hielt sich die Masse der italienischen Arbeiter in allen diesen Dingen zurück. Sie hielten an dem abgeforderten dürftigen Messenquartier fest, wo sie in wenig menschenwürdiger Weise ihr Leben lebten, bevorzugten als Arbeitsplätze abgelegene Stätten, wo sie wenig mit deutschen Arbeitern in Verbindung kamen, blieben der Organisation fern und zeigten für den Gedanken der Solidarität wenig Verständnis. Das gilt, wohlwollend, für die Masse der italienischen Arbeiter; eine kleine und in ihrer Kleinheit stark schwankende Zahl bequeme sich unter dem Druck ihrer deutschen Kollegen zur Organisation, ein Teil davon aus guter Arbeitergesinnung, ein anderer und sicher der größere nur unter dem Zwange der Disziplin, die ihre deutschen Kollegen ihnen auferlegten. Das beweisen, wenn wir unsere Erfahrung durch Zahlen zu Hilfe kommen müssen, die folgenden Angaben:

Zu Sommer 1907 waren im Deutschen Reich 125 000 italienische Arbeiter angewandt. Davon arbeiteten im Baugewerbe rund 10 000. Die Zahl der davon organisierten Arbeiter ergibt sich ungefähr aus der Auflage der italienischen Zeitungen, die die General-Kommission der deutschen Gewerkschaften herausgab. Diese Auflage ist zu keiner Zeit höher gewesen als 10 500 Exemplare, und zwar wurde diese Höchstzahl im dritten Vierteljahre des Jahres 1907 erreicht. Davon entfielen auf die Bauarbeiter 6700. Ein gewisser Teil der Zeitungen wurde zu Propagandazwecken verkauft, so daß man annehmen kann, daß die höchste Zahl der organisierten italienischen Arbeiter im deutschen Baugewerbe etwa 6000 betragen hat. Die Gesamtzahl der in Deutschland organisierten Italiener ist nie über 10 000 hinausgegangen. Das war das Ergebnis einer Tätigkeit von vier bis fünf Jahrzehnten. Und welcher Tätigkeit!

Man darf schließlich behaupten, daß die Arbeiterschaft in keinem andern Lande auch nur entfernt so viel für die fremden Arbeiter getan hat wie in Deutschland. Ihre Rechte gegen Unternehmer und Behörden wurden mit nicht geringerer Sorgfalt wahrgenommen, wie die Rechte der einheimischen Arbeiter. Man unterhielt Sekretariate mit italienisch sprechenden Angestellten. Man sandte sprachbegabte Mitglieder nach Italien, um dort die Arbeiterverhältnisse und die Sprache kennen zu lernen. Man war den Einwandernden bei der Arbeitsbeschaffung behilflich. Man schützte und förderte sie, wo immer es notwendig und nützlich war. Man suchte sie im Winter in ihren Wohnorten auf und lagte ihnen immer und immer wieder, daß sie sich organisieren und der Organisation treu bleiben mußten. Allein die deutschen Organisationen des Baugewerbes haben Hunderttausende für diese Zwecke aufgewendet. Die beiden Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter setzten eine besondere Kommission für die Agitation unter den italienischen Arbeitern ein; sie bestand aus den Vorständen der süddeutschen Reichsteile und wurde von dem Deutschen Bauarbeiterverband übernommen. Kolle L. Voss wurde als Sekretär für die Agitation unter den Italienern angesetzt; Voss hat mehrere Jahre hindurch in aufopfernder Weise gearbeitet, es gab im Süden keine von Italienern besetzte Arbeitsstelle, die er nicht selber persönlich aufsucht hat; fast drei Viertel seiner gesamten Zeit hat er auf diesen Reisen, die ihn oft in die abgelegensten Winkel führten, zugebracht. Seine Tätigkeit wurde durch die Zeitung, durch Flugblätter, durch andre besoldete und unbesoldete Agitatoren unterstützt. Wenn je und irgendwo planmäßig und nachdrücklich für die Gewerkschaften agitiert worden ist, dann unter den italienischen Bauarbeitern in Deutschland. Das Ergebnis war jene Zahl organisierter Italiener.

Es ist klar, daß solche Erfahrungen nicht ohne Wirkung bleiben können. Auch in unserm Verband wirkten sie, wie sie eben nur wirken konnten. Unsere Agitatoren, die hauptsächlich mit den italienischen Arbeitern zu tun hatten, verloren allmählich die Lust, weil ihnen der Glaube an den Erfolg verloren ging. Wohl unterzogen sie sich immer und immer wieder dieser wirklichen Selbstarbeit, aber ihre Klagen über die hartnäckige Indolenz der italienischen Arbeiter wurden von Jahr zu Jahr erister und ärgerlicher. Es brauchte wirklich nicht erst der Krieg zu kommen, um den Unmut laut werden zu lassen. Er war schon im Jahre 1912 so allgemein und stark, daß nicht nur von den angeestellten, sondern auch und insbesondere von den herkömmlich tätigen Kollegen die Frage aufgeworfen und an uns gerichtet wurde, wie lange wir denn noch an dieser „Samtpfötchenmethode“ festhalten wollten. Der Verbandsvorstand suchte zu beruhigen und ermahnte zur Weiterarbeit nach den alten Plänen; er tat noch ein übriges und stellte einen weiteren Sekretär für die Agitation unter den Italienern an. Wir hatten die Hoffnung, daß es besser werden würde, wenn die Organisation in Italien selbst stärker geworden wäre. Die italienischen Gewerkschaften standen damals gerade in einem schweren Kampfe gegen die tarifbrüchigen Unternehmer, die sich die Krise, die infolge des Tripoliskrieges ausgebrochen war, zunutze machten, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die deutschen Gewerkschaften erkannten, daß in diesem Kampfe auch eigene Interessen auf dem Spiele standen und halfen ihnen italienischen Brüdern nach besten Kräften. Mit ihrer Hilfe wurde wenigstens das Schlimmste abgewehrt; aber der erhoffte Aufschwung der italienischen Gewerkschaften blieb aus; er konnte sich in der kurzen Zeit bis zum Ausbruch des Krieges auch nicht einstellen.

Nun hat freilich der Krieg die Stimmung gegen die italienischen Arbeiter noch mehr verschärft. Nicht durch die Schuld der italienischen Arbeiter, das wissen wir auch. Die armen Kräfte, die hier für ein langes Brot schauften, wären froh gewesen, wenn es dabei geblieben wäre. Daß einige von ihnen bei Kriegsausbruch die deutschen Mitgliedsbücher zerrißen und sich in Schmähungen der deutschen Arbeiterbewegung ergingen, wollen wir ihnen nicht zur Last legen; denn was sie von sich gaben, war doch nur das Echo der Verunglimpferungen, mit denen uns führende Leute der italienischen Arbeiterbewegung bedachten. Und diese allerdings haben nach unserm Dafürhalten keine geringe Schuld daran, warum heute in fast jeder Nummer unserer Verhandlungen Meinungsäußerungen aus Mitgliedsbüchern erscheinen, die eine radikale Forderung unseres Verhaltens gegen die italienischen Arbeiter fordern. Wir verstehen diesen Unmut, wenn wir auch nicht immer die Worte billigen, in denen er sich Luft macht; aber wir sehen auch, daß man in dieser verärgerten Stimmung nicht die Wege finden kann, die für unsere Sache zweckmäßig und unserer Würde sind. Und darum können wir uns die aus dieser Stimmung geborenen Vorschläge nicht zu eigen machen. („Grundstein.“)

Was muß die Witwe bei Stellung eines Witwengeldantrages nach der Reichsversicherungsgesetzordnung prüfen?

Vor allen Dingen muß sie prüfen, ob ihr Ehemann zur Zeit seines Todes die Wartzeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft auf Rente aufrechterhalten hat. Die Wartzeit bei der Invalidenrente dauert, wenn für den Versicherten mindestens 100 Wochen auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung entrichtet sind, 300 Beitragswochen. Sind keine 100 Pflichtwochen, aber mindestens 100 Beitragswochen auf Grund der Pflichtversicherung und der Selbstversicherung zusammen geleistet, dann beträgt die Wartzeit 300 Wochen. Mit dem Aufrechterhalten der Anwartschaft soll gesagt sein, daß alle zwei Jahre, vom Antrittsjahre jeder Rente an gerechnet, bei der Pflicht- und freiwilligen Beitragsversicherung mindestens 20, bei der Selbstversicherung innerhalb des gleichen Beitragsraums mindestens 10 Wochenbeiträge zu verwenden sind.

Die eben erwähnten Voraussetzungen bei der Erfüllung der Wartzeit und Aufrechterhaltung der Anwartschaft müssen auch bei der Witwe zur Zeit des Todes ihres Ehemanns zutreffen. Diejenigen Witwen, die selbst einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, erfüllen meistens diese Voraussetzungen; andere aber es mit denen, die seit ihrer Verheiratung keine Lohnarbeiten mehr verrichten haben. Diese haben meistens nur die Pflicht-, also etwa 20 Wochen alle 2 Jahre, und diese nicht immer rechtzeitig. Bei ihnen kommt es öfter vor, daß der Antritt der Rente nicht rechtzeitig zur Verfügung abgewiesen werden muß. Der ein Teil aus der Frage. Die Witwe B. stellte am 10. 12. 1915 Antrag auf Witwen-

